
3521/J XXIV. GP

Eingelangt am 28.10.2009

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

der Abgeordneten Mag. Heidemarie Unterreiner
und anderer Abgeordneter

an den Bundesminister für Wirtschaft, Familie und Jugend
betreffend Demonstrationen im 1. Wiener Gemeindebezirk und deren negative
Auswirkungen auf den Tourismus- und Handelsstandort Innere Stadt.

Laut Medienberichten nimmt die Abhaltung von Demonstrationen und Kundgebungen im 1. Wiener Gemeindebezirk laufend zu und beeinträchtigt dort nicht nur die Lebensqualität der Arbeits- und Wohnbevölkerung, sondern schädigt durch die auftretenden Verkehrsbehinderungen auch den Tourismus- und Handelsstandort Innere Stadt.

Darüber hinaus kommt es auch zu enormen Kosten für die Exekutive, die Wiener Linien und andere damit befasste Behörden und öffentliche Stellen durch den Einsatz von Personal und das Anfallen von Koordinations- und Umleitungsmaßnahmen.

Es stellt sich daher die Frage, ob man insgesamt für die Abhaltung von Demonstrationen und Kundgebungen, für die in einer Demokratie Platz sein muss, ein dafür dauerhaft gewidmeter Standort gesucht wird, um hier Abhilfe zu schaffen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundesminister für Wirtschaft, Familie und Jugend nachfolgende

Anfrage:

1. Gibt es Studien von Seiten des Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend bzw. der jeweiligen Vorgängerressorts im Bereich Wirtschaft bzw. Tourismus über die negativen Auswirkungen von Demonstrationen und Kundgebungen in Österreich auf den Tourismus- und Handelsstandort?
2. Wenn ja, für welche spezifischen Bezirke bzw. Städte in den einzelnen österreichischen Bundesländern und mit welchem Ergebnis?
3. Wenn nein, warum nicht?
4. Von welchen jährlichen Umsatzrückgängen im Tourismus und Handel in Wien und dabei insbesondere auf den 1. Wiener Gemeindebezirk konzentriert, geht das Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend im Zusammenhang mit abgehaltenen Demonstrationen und Kundgebungen im Zeitraum 1989-2009 aus?
5. Welche Maßnahmen hat das Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend bzw. haben die jeweiligen Vorgängerressorts im Bereich Wirtschaft

bzw. Tourismus in den Jahren 1989-2009 unternommen, um hier Abhilfe zu schaffen und Schaden von den Tourismus- und Handelsunternehmen abzuwenden?

6. Wie stehen Sie als ressortzuständiger Bundesminister für Wirtschaft, Familie und Jugend zur Idee, einen dauerhaft gewidmeten Standort für die Abhaltung von Demonstrationen und Kundgebungen in der Bundeshauptstadt zu widmen, damit man Kosten und negative Beeinträchtigungen für die Arbeits- und Wohnbevölkerung bzw. den Tourismus- und Handelsstandort 1. Wiener Gemeindebezirk reduziert?